



Kuratoriumsmitglieder:

B. Böhlen MdL, D. Caspary MdEP, A. Fischer MdB, A. Geiger, Prof. A. Göhringer, Reg.-Präs. a.D. Gerlinde Hämmerle (Vors.), OB W. Heiler MdL a.D., Prof. G. Kaufmann, J. Kößler MdL, E. Kopp, H. Leverkus, BM B. Lisbach, B. Meier-Augenstein, OB a.D. J. Offele (Vors.), OB C. Petzold-Schick, A. Salomon MdL, U. Schäfer, Min. a.D., B. Schäfer-Wiegand, C. Schmiedel, MdL a.D. R. Schmitt-Illert, A. Schoch MdL, OB a.D. Prof. Dr. G. Seiler, J. Stober MdLa.D., T. Wald MdL, Dr. P. Weber, Prof. Dr. P.-L. Weinacht, I. Wellenreuther MdB, Prof. Dr.-Ing. R. Werner

Landesvereinigung Baden in Europa e. V. - Andersenstraße 7 - 76199 Karlsruhe

10. April 2021

Antwort der Landesvereinigung Baden in Europa auf die Stellungnahmen Bündnis 90 / Die Grünen auf die Wahlprüfsteine

1) Zentralismus

Grundsätzlich stimmen wir Ihrer Antwort zu diesem Thema weitgehend zu. Der Artikel 3a der Landesverfassung wird von uns ausdrücklich begrüßt und entspricht einer seit langem vorgebrachten Vorstellung der Landesvereinigung Baden in Europa. Seit der Verabschiedung dieser Ergänzung der Landesverfassung konnten wir leider aber nicht feststellen, dass der Landtag in seinen Entscheidungen diesen Artikel auch beachtete. So sind Sie zum Beispiel in Ihren Antworten auf unser Hauptanliegen, den Stuttgarter Raum zu entlasten und Strukturpolitik mit staatlichen Einrichtungen im gesamten Land (nicht nur in Baden) zu betreiben, nicht eingegangen. Wir hatten darauf hingewiesen, dass das Land Bayern in jüngster Zeit ein Dezentralisierungsprogramm durchgeführt hat und damit sehr erfolgreich Strukturpolitik für die Mittelzentren betrieben hat. Gerade in Baden-Württemberg mit seinem überlasteten Raum Stuttgart ist dies sehr wichtig.

Einige Beispiele von Beschlüssen in jüngster Zeit dürfen wir nachfolgend erwähnen. Im Breitbandförderprogramm, in dem der Nachholbedarf im badischen Landesteil teilweise abgebaut wird, wurde der Paragraph 3a beachtet, beim Entwicklungsprogramm 2021 Ländlicher Raum und beim Städtebauförderungsprogramm wiederum nicht (siehe Anlagen). Auf unsere Kritik an der Verteilung der Lehrstühle für Taxometrie der Pflanzenwelt haben Sie die Entscheidung mit „sachlichen Gründen“ beantwortet. Gerade dies ist nach unserer Ansicht jedoch nicht der Fall, denn die antragstellenden Wissenschaftler haben ja darauf hingewiesen, dass es notwendig ist, die Professuren auf die Regionen Stuttgart und Karlsruhe aufzuteilen, da die Flora von Baden und Württemberg recht unterschiedlich sind. Die Tradition von hervorragenden Wissenschaftlern besonders im badischen Raum hat dies in der Vergangenheit auch bewiesen.

2) Steuereinnahmen und Ausgaben und 3) Benachteiligung des badischen Landesteils

Ihre Antwort entspricht inhaltlich unseren Forderungen, aber leider müssen wir feststellen, dass in Wirklichkeit nicht nur sachliche Gründe für die Verteilung der Mittel zuständig sind. Beispiele haben wir unter 1 Zentralismus schon genannt. „Eine strikte und automatische Verteilung des Geldes nach dem Steueraufkommen“, wie Sie schreiben, haben wir noch nie gefordert, jedoch beziehen wir uns auf Ungleichheiten in der Förderung der Vergangenheit bei Krankenhausbau, Kultur (bei Bauten für Bibliotheken, Museen etc. wurden in Württemberg zwischen 2000-2019 223 Millionen, dagegen in Baden nur 77,5 Millionen) investiert. Bei Universitätsbauten beträgt der Minderbetrag für Baden insgesamt 1,246 Millionen. Inzwischen haben Sie reagiert, aber noch immer warten wir zum Beispiel auf ein größeres Engagement bei der Sanierung und dem Ausbau von Landesmuseum und Kunsthalle in Karlsruhe.

Seit Jahren wird diskutiert und trotz mehrfacher Hinweise, auch der Landesvereinigung Baden in Europa, auf das freiwerdende Finanzamt, wird erst jetzt untersucht ob dieses Gebäude für das Amtsgericht umgebaut werden kann. Jahre sind vergangen und zu Recht wird diese Verschleppung von der Bevölkerung stark kritisiert.

Ihre immer wieder vorgetragene Begründung zur Wilhelma ist nicht haltbar. Auch diese Frage diskutieren wir seit 20 Jahren und die jeweilige Opposition stimmte uns immer wieder zu, so auch ihre Fraktion. Zunächst wurde behauptet, dass der Zoo vom württembergischen König gegründet wurde, aber nachdem von uns nachgewiesen werden konnte, dass die ersten Tiergehege erst nach Gründung des Landes gebaut wurden und die Gartenhistoriker darüber zu Recht nicht glücklich waren und auch heute noch nicht sind, wird durch den Erben, das Land Baden-Württemberg, das Erbe des Königs, nämlich der historische Park, durch den Bau von Tiergehegen zerstört.

Aus sachlichen Gründen ist nicht einzusehen, dass Stuttgart als die reichste Stadt Deutschlands, wie sie einmal Herr Ministerpräsident Oettinger nannte, vom Land einen Zoo erhält, während die Zoos in Heidelberg und Karlsruhe und der Tierpark in Freiburg ohne jegliche staatliche Unterstützung von den Städten, die weit ärmer als Stuttgart sind, unterhalten werden müssen.

In Baden-Baden hat das Land die Rechtsnachfolge des badischen Großherzogs nicht beachtet, als der Markgraf von Baden in den 1990 Jahren aus finanziellen Gründen das Schloss nicht mehr unterhalten konnte. Es lehnte den Kauf des unter höchsten Denkmalschutz stehenden Areals ab. Ohne auf die Rechtsnachfolge zu achten, hat das Land auch die Spielbank verstaatlicht, die durch eine badische Regierung gegründet wurde, um die Finanzlage Baden-Baden mit den Erträgen zu stabilisieren und die kurörtlichen Einrichtungen zu unterhalten. Auf Kosten von Baden-Baden hat das Land Millionenbeträge abgezogen. Wo bleibt hier die Sachlichkeit und die Gerechtigkeit in Entscheidungen für beide Landesteile?

4) Trinationale Metropolregion Oberrhein (TMO) und 5) Mobilität am Oberrhein

Über Ihre Antwort zu TMO sind wir sehr erfreut. Unsere Anliegen die wir seit Jahren vortragen, sind weitgehend aufgenommen und der Oberrheinrat hat, insbesondere unter seinem derzeitigen Präsidenten Herrn Josef Frey (MdL) sehr gute Arbeit geleistet. Dank dem Aachener Vertrag und seines aktiven Sekretariats in Kehl haben sich neue Chancen aufgetan. Auch die Freiburger Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer, mit der wir gerne zusammenarbeiten, hat sich große Verdienste in der TMO erworben. Allerdings können wir Ihre Eingangsbehauptung in Ihrer Antwort, dass „keine andere Region so erfolgreich und eng in Europa zusammenarbeitet“ nicht ganz nachvollziehen. Wir brauchen nur über den Rhein zu schauen und die Zusammenarbeit in vielen Themen von Rheinland-Pfalz mit dem Elsass zu erleben. Wir arbeiten hier in der Pamina eng zusammen und können immer wieder feststellen, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung auch im grenzüberschreitenden Schienen- und Radverkehr stärkere Unterstützung leistet als die baden-württembergische Landesregierung. Dabei übersehen wir nicht, dass sich in jüngster Zeit, auch die baden-württembergische Landesregierung stärker engagiert.

Als Beispiel für das genannte Defizit sehen wir, dass Stuttgart offensichtlich nicht bewusst ist, wie wichtig die Schienenverbindung zwischen Rastatt – Röschwoog - Hagenau und darüber hinaus von Karlsruhe nach Saarbrücken und damit auch von Karlsruhe nach Straßburg ist. Allen Fraktionen des Landtags liegt seit langem ein Weißbuch, das von Bürgerinitiativen aus Frankreich, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg (darunter auch der Landesvereinigung) erarbeitet wurde, vor und die Bitte um Unterstützung dürfen wir gerne wiederholen. Zwischen Straßburg und Karlsruhe bestehen keine Schienenverbindungen, obwohl die Eisenbahnbrücke bei Wintersdorf auch heute noch den Verkehr aufnehmen könnte. Dies gilt auch für einen

Teil der Strecke, die nur reaktiviert werden müsste. Die Grand Region ist an dieser Verbindung sehr interessiert.

6) Universitäten und Hochschulen

Endlich geht auch Baden-Württemberg den Weg in die Autonomie der Universitäten, den zum Beispiel unser Nachbarland Hessen, bereits seit Anfang des Jahrhunderts geht. Die Landesvereinigung fordert die Autonomie bereits seit 20 Jahren. Der Unterzeichner hat als Angehöriger der Universität Darmstadt Erfahrungen sammeln können und in vielen Gesprächen mit Abgeordneten, Ministern und Ministerialbeamten auch für die baden-württembergischen Universitäten Autonomie gefordert. Die Bremser saßen hauptsächlich in den Ministerien.

Zahlreiche Gespräche mit den Fraktionen über die finanzielle Ausstattung der Universitäten haben wir ebenfalls geführt und in Untersuchungen nachgewiesen, dass bezogen auf die Anzahl der Studierenden die badischen Universitäten bis zum Jahre 2015 finanziell benachteiligt waren, in den Jahren 2015 und 2016 etwas bessergestellt wurden, aber seither mit steigender Tendenz wieder schlechter gestellt werden (siehe Anlage).

In Ihren Antworten haben Sie dankenswerterweise konkrete Themen in der Technologie genannt. Ihre Unterstützung des Reallabor KI am KIT wird von uns begrüßt. Von Ihnen, als Regierungsfraktion hätten wir uns konkretere und klarere Aussagen zu KI und Batterieforschung zu den nach unserer Ansicht insgesamt vernünftigen Ansätzen gewünscht.

7) Historische Lernorte und Gedenkstätten

Ihre Antwort findet unsere Zustimmung. Für die Durchsetzung ihres Antrages raten wir Ihnen das Projekt in die Koalitionsvereinbarung aufzunehmen, da die Beantwortung dieser Frage bei den anderen Fraktionen sehr unterschiedlich ist. So unterstützt die SPD den Bau, die FDP will sich „nach Absage des Bundes für eine Lösung einsetzen“, während sich der von Ihnen vorgesehene Koalitionspartner CDU unverbindlich geäußert hat.

gez

Prof. Robert Mürb
1.Vorsitzender

1.Vorsitzender: Prof. Dipl.-Ing. Robert Mürb
Andersenstr. 7, 76199 Karlsruhe
Tel. 0721- 9896958, Fax 0721-882563
E-Mail: rmuerb@lv-baden.de

www.lv-baden.de

Stellvertretender Vorsitzender
Michael Obert,
Bürgermeister a.D.
E-Mail: michael.obert@lv-baden.de

Stellvertretender Vorsitzender
Dr. Hubert B. Keller
E-Mail: hbk@dr-hbkeller.de